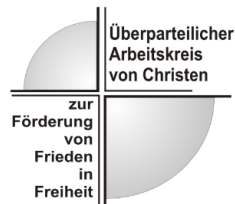


SICHERUNG DES FRIEDENS e.V.

Vorsitzender:
81671 München;
Stellv. Vorsitzender:
85774 Unterföhring;
Geschäftsführer:
85221 Dachau;

Jörg-Dietrich Haslinger,
E-Mail: haslinger1@web.de
Univ.-Prof. Dr. Rainer Pelka,
E-Mail: rainerpelka@gmail.com
Alfred Breier
E-Mail: alfred-breier@web.de



- überparteilich
- unabhängig
- christlich

Schirmherr:
Prof. Dr. Peter Paul Ganzer
Vizepräsident des Bayerischen
Landtags a.D.

SdF-Grundsatzdiskussion: Aufgabe und Wirkmöglichkeit des SdF

Incentive (Pelka, Haslinger): Internes Arbeitspapier v. 04.11.24

Teil A: Inhaltliche Themen der Bearbeitung und Vermittlung

0) Zielsetzung des SdF und resultierende Aufgaben

- 0.1 Zielsetzung:** Aufdecken von Friedensrisiken und Schwachstellen 02
- 0.2 Pragmatischer Ansatz:** Kybernetisches Handeln und Homöostatische Orientierung 02

1) Gewalt und Gewaltdrohung von außen und innen

- 1.1 Außenbedrohung:** Angriffe von RUS, IRAN, CHIN 03
 - 1.1.1 Verteidigungslage Deutschlands und seiner Verbündeten
 - 1.1.2 Wehrhaftigkeit nach außen (D, EU, NATO)
- 1.2 Innenbedrohung:** Aggressionen zw. heterogenen Bevölkerungsgruppen 04
 - 1.2.1 Aggressionen zw. politischen oder kulturellen Lagern
 - 1.2.2 Aggressionen an dt. Schulen und Situation der Lehrer
 - 1.2.3 Wehrhaftigkeit nach innen

2) Asyl- und Einwanderungspolitik:

- 2.1 Last und Dienst:** Asylsuchende vs. sonstige Immigranten 06
 - 2.1.1 Bedrohter Flüchtling, legaler oder illegaler Migrant
 - 2.1.2 Umgang mit echten Flüchtlingen und Arbeitsmigranten
- 2.2 Schaden und Nutzen:** Arbeits- oder illegaler Migrant 07
 - 2.2.1 Beschleunigung der Eingliederung
 - 2.2.2 Umgang mit unwilligen Migranten

3) Priorisierung zwischen heute und morgen

- 3.1 Priorisierung 1:** Konsum & Lebensstil vs. Investition; 07
 - 3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Ausgabenpolitik
 - 3.1.2 Konsum vs. Investition
- 3.2 Priorisierung 2:** Militär/ Infrastruktur vs. Forschung/Bildung vs. Ressourcensteuerung 09
 - 3.2.1 Brauchen wir eine (bessere) Feuerwehr?
 - 3.2.2 Prioritäten mit Nebenbedingungen

4) IT/KI und ihre Player: Wachsende Macht von Konzernen und feindlicher Staaten

- 4.1 IT und KI:** Macht ohne Kontrolle und Kontrolle ohne Macht 11
 - 4.1.1 Private Organisationen als globale Player
 - 4.1.2 Unübersichtlichkeit als Hebamme autokratischer Herrschaft
- 4.2 Netzwerke mit IT und KI:** Chancen und Risiken 12



Verteiler: → „Haslinger, Jörg“ <haslinger1@web.de>, „Pelka, Dr. SdF“ <rainerpelka@gmail.com>, „Breier- SdF“ <alfred-breier@web.de>, „Feger, Dr“ <gottfried.feger@t-online.de>, „SdF - Dietrich“ <evaditt@web.de>, „Heinrich Stadelmaier“ <stadelmaier_heinrich@web.de>, „Baudissin, Gräfin“ <baudissin@t-online.de>, „Lehmann SdF“ <Richard-Lehmann@gmx.de>, „Scheffler“ <bedichef@t-online.de>, „Schedl“ <ilse.schedl@t-online.de>, (n=10).

0 Zielsetzung des SdF und resultierende Aufgaben

0.1 Zielsetzung: Aufdecken von Friedensrisiken und Schwachstellen des Schutzes

Was wir nicht können und was wir können: Unser Name verrät unser Programm, Frieden, den D (Deutschland) im Großen und Ganzen 75 Jahre lang erleben durfte, wenn er gefährdet ist, vor Anfeindungen von außen oder innen zu schützen, und wie aktuell, wenn er zu verloren zu gehen droht, zu seiner Wiederherstellung beizutragen.

Diesen Anspruch können wir als kleiner Verein mit einer überschaubaren Zahl von Mitgliedern und Finanzmitteln natürlich nicht und schon gar nicht allein einlösen. Was wir aber können und wollen, ist, Risiken und Schwachstellen aufzuzeigen und konstruktiv Möglichkeiten der Risikoverringerung oder im Eintrittsfall kriegsrischer Ereignisse Schadensbegrenzung zu entwickeln und uns für deren Umsetzung einzusetzen.

Bisheriger Lösungsansatz: Seit Gründung des Vereins Anfang der 1980er Jahre haben wir versucht, dies mit Vorträgen von Fachleuten oder Politikern mit anschließender Diskussion und zusammenfassenden Jahresbroschüren umzusetzen, die wir Interessenten zur Verfügung gestellt haben.

Während der langen Friedenszeit, v.a. seit der Wiedervereinigung 1990, schien den meisten Menschen in unserem Land diese Aufgabe immer weniger wichtig zu werden. Das von einem japanischen Historiker Francis Fukuyama 1990 behauptete *Ende der Geschichte* schien unsere Aufgabe überflüssig zu machen.

Schon seit 2014, der russischen Annexion der Krim, spätestens aber 2022 seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine mit dem Ziel der Eroberung und einem Jahr später mit dem Massenmord an Israelis durch die palästinensische HAMAS wird auch in Deutschland, welches inzwischen schon wirtschaftlich unter den Kriegen leidet, deutlich, dass die Freude über einen „ewigen Frieden“ verfrüht – nein – unrealistisch war.

Jetzt aber traut man unserem kleinen Verein erst recht nicht zu, dass wir Nennenswertes zur Friedenssicherung beitragen können. Und doch können wir es, wenn wir unsere Ziele schärfen (s. Teil A) und die Wege dorthin sowie die Techniken der Kommunikation verbessern (s. Teil B). Grundlegend für unser Lösungskonzept ist der kybernetische Ansatz.

0.2 Pragmatischer Ansatz: Kybernetisches Handeln und homöostatische Orientierung

Was ist Kybernetik: Kybernetik (altgr. *Kybernetes* = *Steuermann*) ist nach ihrem Begründer Norbert Wiener (1945) die Wissenschaft der Steuerung und Regelung von Maschinen und deren Analogie [Handlungsweise von lebenden Organismen/Organisationen] mithilfe der Rückkopplung durch geeignete Sensoren.

Ein typisches Beispiel für das Prinzip eines kybernetischen Systems der Regelungstechnik ist ein Thermostat. Er vergleicht den Istwert eines Thermometers mit einem Sollwert, der als gewünschte Temperatur eingestellt wurde. Eine Abweichung zwischen diesen beiden Werten, festgestellt durch einen sog. Messfühler, veranlasst den Regler im Thermostat dazu, die Wärmezufuhr (Stellwert) so zu regulieren, dass sich der Istwert dem Sollwert angleicht.

Homöostase (altgr. *homoiostasis*, deutsch ‚Gleichstand‘) bezeichnet einen Gleichgewichtszustand eines offenen dynamischen Systems, der durch einen internen regelnden Prozess aufrechterhalten oder immer wieder neu justiert wird. Sie ist damit ein Spezialfall der Selbstregulation von Systemen. Ein homöostatisches System versucht, bei bestehendem Ungleichgewicht das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Bsp.: Die Biologie kennt viele homöostatische Vorgänge. Bei bestehendem Ungleichgewicht gelingt die Annäherung an das Gleichgewicht durch spezielle homöostatische Prozesse. (Annäherndes) Gleichgewicht soll und kann in der Regel innerhalb der Zelle, Organ oder Organismus aufrechterhalten werden. **Homöostase ist als (annähernde) Konstanzhaltung eines inneren Milieus (Soll-Zustand) definiert, das durch Regelung zustande kommt.** Beispiele biologischer Homöostasen sind: Volumen- und Osmoregulation, Calcium- und Phosphathaushalt, Säure-Basen-Haushalt, Blutdruckregulation, Regulation des Blutzuckerspiegels, Regulation des Energiehaushaltes, etc.

Nutzen für SdF: Was soll der Einsatz eines **kybernetischen Konzepts** im nichttechnischen, insbesondere im politischen Geschäft bringen, noch dazu mit der Zielrichtung **Homöostase**, die offenkundig in der Politik nie erreicht werden kann?

Die Umsetzung des **kybernetischen Ansatzes** erlaubt uns eine zeitnahe Kontrolle und Korrektur, die nicht nur leichter realisierbar ist, sondern auch in den meisten Fällen größere Schadensentwicklungen vermeidet. Ferner lernen wir dadurch leichter mit Fehlern umzugehen. Diese werden nicht als Schande gesehen (die man lange zu vertuschen sucht), sondern als notwendiger Lernprozess, um (noch) besser zu werden. Die **Orientierung am stabilen Gleichgewicht** verringert das Risiko allzu großer, einseitiger Machtentwicklung, die entwicklungsgehistorisch noch immer wegen der damit verbundenen Vernachlässigung anderer zum dauerhaften Überleben wichtigen Dimensionen gescheitert ist.

Im Folgenden, v.a. in § 1.2, 2.1, ... können wir daher oft Ideen der **Kybernetik** einsetzen, um bei festgestellten Schwachstellen (in Bezug auf eine Friedenssicherung) Wege zur Sicherung oder Wiederherstellung eines (weitgehend) friedlichen Miteinanders innerhalb und zwischen Gesellschaften (**Homöostase**) aufzuzeigen.

1 Gewalt und Gewaltdrohung von außen und innen

Schwachstellen-Analyse: Aktuell erleben wir – wie in der Geschichte der Menschheit fast immer – Gewalt von innen und außen. Fühlten wir uns 2021 (als der erste Entwurf dieses Papiers entstand) nach außen noch relativ sicher, so sieht dies nach dem RUS-Überfall auf die Ukraine und der Ermordung von 1200 Israelis sowie der Entführung weiterer 200 Geiseln durch die HAMAS und den Angriff IRANs auf Israel anders aus.

Möglicher Lösungsansatz: Auch wenn es immer Zusammenhänge zwischen der Außen- und Innenbedrohung gibt, erscheint es doch sinnvoll, beide Bereiche in der Analyse zu trennen. **SdF-Bezug:** SdF interessiert sich für beide Aspekte gleichermaßen, weil sie beide Gefahren des Friedens in unserem Land sind.

1.1 Außenbedrohung: Angriffe von RUS, IRAN, [CHIN]

Wann hilft Deeskalation, wann nur sichtbare Stärke? - Der Starke kann großzügig sein, der Schwächere nicht!

1.1.1 Verteidigungslage Deutschlands und seiner Verbündeten

Schwachstellen-Analyse: Schon lange haben nicht Wenige in Deutschland große Skepsis gegen die USA. Nach dem Ersten Weltkrieg misstrauten wir der Ernsthaftigkeit des Wilson'schen Friedensplans und seines Völkerbunds (Woodrow Wilson, amerikanischer Präsident von 1913-1921). Obwohl es keine belastbaren Anhaltspunkte dafür gab und gibt, brachten stattdessen viele unserer Regierungen Russland früher sowie von 1918 bis 1939 und nach dem 2. Weltkrieg und der Wiedervereinigung seit 1990 immer mehr Vertrauen entgegen als den Amerikanern.

Natürlich sind die Amerikaner keine (Friedens-)Engel und bei Wirtschaftsdingen ist ihnen fast jedes Mittel recht, ihre Weltdominanz zu erhalten und möglichst auszubauen (s. z.B. *The Billion \$-Code*). Aber das Risiko einer militärischen Intervention war vom Osten und jüngst auch vom Südosten ausgehend immer größer als vom Westen.

Gegenwärtig wäre eine leichtfertige Aufgabe des NATO-Schirms und Amerikas Unterstützung im Falle einer notwendigen Verteidigung nicht nur unklug, sondern sogar existenzgefährdend, denn Europa könnte sich heute ohne Amerikas Unterstützung gegen Russland oder gar China und Russland (evtl. incl. Nordkorea und Iran) nicht erfolgreich verteidigen. Und da die Forderungen der Amerikaner, unseren Beitrag zur Verteidigung von mindestens 2% des BIP zu leisten,

- **die USA gaben 1950-1990 noch 10 - 6 % des BIP aus, auch heute noch liegt der Anteil bei über 4%, die Sowjetunion setzte 1950-1990 sogar 12-15% des BIP dafür ein,**

nicht nur angemessen, sondern im Hinblick auf die aktuell bedeutsamsten Krisenherde überlebensnotwendig sind, muss dieses Ziel nicht nur erreicht, sondern im Hinblick auf die Defizite der Vergangenheit mindestens für einen Zeitraum von 5-10 Jahren mit ca. 3 – 3,5% wie in den Jahren 1955-90 auch deutlich überschritten werden, wollen wir sichergehen, dass Russland, China und weitere Länder unsere Existenz nicht unmittelbar gefährden können.

Möglicher Lösungsansatz: Nach Klärung der Priorisierung (s. Top 3) ist neben der Aufstockung des V-Etats von gegenwärtig auf 2 Jahre befristeten knapp 2% auf 3-3,5% ab 2026, ferner eine Wiedereinführung der Sozialpflicht für alle Jugendlichen (aller Geschlechter) für ein Jahr erforderlich und auch machbar, die wahlweise als **Wehrpflicht** oder als **Sozialdienst** absolviert werden kann.

Eine solche Veränderung, die ja nur auf Kosten von sog. Konsum- unter Einschluss von Sozialleistungen möglich ist, erfordert in einer Demokratie wie der unseren eine erfolgreiche Überzeugung der Mehrheit, dass dies über unsere nächste Zukunft unabdingbar ist, wollen wir eine Situation vermeiden, wie die, der gegenwärtig die Ukraine bzw. Israel mit ungewissem Ausgang ausgesetzt sind. Sie könnte sogar schlimmer sein, denn beide Staaten hatten sich frühzeitig auf dieses Szenario vorbereitet.

Dies setzt eine umfassende gesellschaftspolitische Diskussion im Bundestag und in den Medien voraus, die bis heute nicht erfolgt ist. Normalerweise sind Menschen mehrheitlich für eine solche Problematik ansprechbar, sofern man es ihnen sorgfältig und verständlich vermittelt.

Solange allerdings Varianten von „*Stellt Euch vor, es ist Krieg, und keiner geht hin*“ von Spitzenpolitikern öffentlich und werbewirksam vertreten werden, kann man nicht erwarten, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit von eigenen Opfern dafür einsieht. Die bittere Wahrheit: „*Stellt Euch vor, Ihr geht nicht hin, und der Krieg kommt zu Euch*“ kann schnell Realität werden.

Möglicher Beitrag SdF: Bereits vor über 15 Jahren hat der SdF ein Papier erstellt, wo er auf die Notwendigkeit und zugleich Möglichkeit eines für alle Bürger in Deutschland mit deutschem Pass hingewiesen hat, ca. 1 Jahr alternativ als Wehrpflicht oder Sozialdienst zu absolvieren. Hiermit ist er selbst in der Politik parteiunabhängig auf wenig Resonanz gestoßen. Zu wünschen wäre dem SdF hier mehr Hartnäckigkeit!

Angeichts der aktuellen Risikoverstärkung könnte ein erneuter Vorstoß heute erfolgreicher sein. Und nach aktueller Umfrage (Okt.24) sehen die Jüngeren den Krieg Russlands als die größte Bedrohung, d.h. auch, sie wünschen sich, dass der Schutz D höher wird.

Einschließen könnte dieser Ansatz einen weiteren Aspekt: Der Migranten-Zuzug, auch derer ohne Asylgenehmigung, würde womöglich auf ein akzeptables Maß reduziert, wenn Staatsbürger mit doppelter Staatsbürgerschaft (incl. deutsche) wie alle anderen zum Wehr-/Sozialdienst herangezogen würden.

Gegenwärtig ist von dem Sinn einer solchen Maßnahme in den Parteien, Gewerkschaften oder Industrie nur eine Minderheit überzeugt. Ihnen Argumentationshilfe zu geben, um den Kreis zu erweitern, bis vielleicht eine Mehrheit erreicht wird, wäre eine lohnende SdF-Aufgabe.

1.1.2 Wehrhaftigkeit nach außen (D, EU, NATO)

Wieviel (sichtbare) Stärke brauchen wir zum Überleben?

Schwachstellen-Analyse: Schon länger werfen uns Nato-Partner vor, dass die Stärke Deutschlands nicht ausreicht, um allein den schon sichtbaren Drohungen, erst recht weiteren möglichen, standhalten zu können, wenn es Ernst würde. Und dass ein Gegner wie Russland es ernst meint, ist aktuell nicht mehr zu übersehen. Aber was haben wir für Argumente dafür, dass unsere ggw. Wehrhaftigkeit nicht ausreicht? Offenbar ist nicht einmal die Mehrheit der Politiker davon überzeugt, dass wir – priorisiert – mehr Mittel für den militärische Verteidigung benötigen.

Die politischen Entwicklungen in den USA müssten uns deutlich machen: wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass die Amerikaner für uns auch künftig die "Kohlen aus dem Feuer holen", wenn Not am Mann ist. 'Not am Mann' könnte bald häufiger sein. 2015/16 (**Migranteninvasion**) war ein erster Vorschmack davon. Das Scheitern in **Afghanistan** (2012) und **Mali** (2023) haben die Schwäche des Westens und vor allem Deutschlands noch sichtbarer gemacht. Wenn 2012 die USA nicht geholfen hätten, hätten noch weniger Afghanen, die D bei der geplanten, aber schließlich gescheiterten Friedensmission halfen, das Land verlassen können. Welch ein Vertrauensverlust für D, beschämend und verantwortungslos!

Auch die Bedrohung durch **China** (z.B. Hong Kongs Entdemokratisierung seit 2020 unter bewusster Vertragsverletzung seitens China, ferner seine Beanspruchung von Regionen mittels Erzeugung künstlicher Inseln, regelmäßige Grenzverletzungen gegenüber Taiwan) und **Russland**, dass mit seinem **Ukraine**-Überfall klar seine Eroberungspläne Richtung Westen (die seit mindestens 300 Jahren bestehen) dokumentiert, wird zwar gesehen, bleibt aber weitgehend ohne Handlungskonsequenzen. Mehrere Parteien oder Parteienflügel sowie zahlreiche Nichtwähler halten eine Aufstockung für unnötig. Zur Bewusstseins-Schärfung der Genannten wären klare Botschaften mit präzisen, nicht zu widerlegenden Belegen in jedem Fall hilfreich.

Bereits vor drei Jahren hat General a.D. David PETRAEUS, 2010 von Obama zum Kommandeur aller internationalen Streitkräfte in Afghanistan ernannt, auf die Frage, ob es uns nicht aufrütteln sollte, dass einerseits die USA nur noch bedingt bereit seien, die militärische Führung des Westens in der Welt zu übernehmen, die Europäer andererseits nicht in der Lage seien, sich allein zu verteidigen, geantwortet (WamS vom 12.09.21:16):

„Aus amerikanischer Sicht ist das schon seit Langem alarmierend. Wenn sich die Nato-Länder 2014 auf dem NATO-Gipfel geeinigt haben, 2 % des BIP für die Verteidigung auszugeben, das aber nicht tun – vor allem diejenigen, denen es wirtschaftlich gut geht – stehen natürlich nicht die militärischen Fähigkeiten zur Verfügung, die erforderlich sind. ... Als Amerika Afghanistan verließ, weil sie keine andere Wahl hatten, mussten all unserer Verbündeten auch gehen. Das ist die Realität“.

Möglicher Lösungsansatz: Es ist klar, dass nur ein zeitnah starkes Verteidigungsbündnis mit koordinierten Verbänden überhaupt eine Chance bietet, dem zu begegnen. Dabei fällt Deutschland für Europa zwangsläufig eine Führungsrolle zu, die aber aus bekannten Gründen nur mit viel politischem Geschick umzusetzen ist. Stand heute müssten wir mindestens für 5 Jahre eine Erhöhung auf 3 – 3,5% des BIP umsetzen, um glaubhaft abschreckend zu werden.

SdF-Bezug: SdF kann ein Umsetzungs-Konzept adressatenbezogen formulieren und die Bürger dieses Landes, v.a. die Jugend ermuntern, sich an Politik (Bürgersprechstunde) und Medien (Leserbrieft) zu wenden.

1.2 Innenbedrohung: Aggression zwischen heterogenen Bevölkerungsgruppen

1.2.1 Aggression zwischen politischen oder kulturellen Lagern

Schwachstellen-Analyse: Wie gehen wir mit Gewalt bei Kids und Erwachsenen in unserer Gesellschaft um? Häufig sind die Auslöser /Assoziationen extremistische Positionen wie linke, rechtsextreme, Migrations- oder islamistische Gewalt, aber die eigentlichen Ursachen liegen meist in einer mangelnden Integration in die Gesamtgesellschaft und/oder in der Perspektive der Täter, oft auch ihres Umfeldes.

→ Nur die Bekämpfung aufgetretener Gewalt reicht nicht als Ansatz. Bekanntgewordene Gewalt hat ihre Sympathisanten. Deren Verstärkereffekt übertrifft die bescheidene Anerkennung konventionell umgesetzt-

ter Lernleistungen oft um ein Vielfaches. Noch weniger reicht allein der Verweis auf die Gesetze (Recht für alle) oder das Vertrauen in die Verwaltung (Dienst am Bürger).

Möglicher Lösungsansatz: Eine erfolgreichere und zugleich preiswertere Prävention muss früher und bei den erwartbaren Risikogruppen ansetzen. Besonders wirksam ist das Internalisieren von Regeln in der frühkindlichen Erziehung. Aber auch im Bereich der medialen Bildung liegt hier altersunabhängig noch ein wirkmächtiges Potential. Wer macht es? Dazu braucht es Mut und Zukunftsvertrauen. Beides lässt sich bei Jugendlichen noch am leichtesten aktivieren.

SdF-Bezug: Eine Aufgabe für SdF könnte sein, wichtige Problemgruppen zu identifizieren und Beispiele gelungener, aber auch misslungener gesellschaftlicher Integration bzw. Separation öffentlich sichtbar zu präsentieren. Dazu eignet sich die **Kybernetik mit homöostatischer Orientierung**. Entsprechend sollten wir uns an die Jugend wenden, sowie anlassbezogen auf Politik und Medien einwirken, dass Ungerechtigkeiten oder Missstände öffentlich sichtbar werden sowie änderbar sind.

1.2.2 Aggressionen an deutschen Schulen und Situation der Lehrer:

Schwachstellen-Analyse: Fehlender Respekt der Schüler vor ihren Lehrern in Verbindung mit wachsenden Anforderungen der Eltern an die erzieherische und disziplinarische Leistung der Lehrer bei gleichzeitig bürokratisch immer weniger gewünschten Eingriffsmöglichkeiten für diese machen Schule zu einem gesellschaftlichen Abenteuer mit ungewissem Ausgang, aber beunruhigender Perspektive.

Corona schien kurzfristig die Situation zu entschärfen, weil Schüler und Eltern merkten, wie sehr sie Schule und Lehrer brauchen. Tatsächlich aber hat die Beschränkung der individuellen Freiheit das Aggressionspotential der Schüler und Familien häufig erhöht. Auch dieses Problem bedarf einer Lösung.

Mögliche Verbesserung: Eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern, besteht darin, den Lehrern a) für den pädagogischen/erzieherischen Umgang (empirisch gesichertes) einerseits besseres Handwerkzeug zu geben, b) andererseits auch wieder mehr Gestaltungsfreiräume zu gewähren. Auch die Lehrer können selbst etwas tun: Mut, das aus ihrer Sicht – auch wenn nicht streng nach Verwaltungsvorgaben – Richtiges zu tun und Zukunftsvertrauen in gelingende Erziehung sind starke Hebel des Erfolgs.

SdF-Bezug: SdF geht das etwas an, weil aus dem fehlenden Respekt vor den Lehrern auch der Respekt vor den Mitmenschen und erst recht vor dem Staat und seinen Ordnungsinstitution bröckelt, was ordnungspolitisch allein nicht bewältigt werden kann. SdF kann beispielhaft und ggfls. auch systematisch (**Kybernetik**) Wege vorschlagen, die der Gesellschaft bei der Lösung innerstaatlicher Konflikte helfen?

1.2.3 Wehrhaftigkeit nach innen:

Kann eine liberale Demokratie Bürgersinn + sozialen Respekt ausreichend aktivieren?

Schwachstellen-Analyse: Eigentlich sollte eine Demokratie den meisten Menschen immer Wunsch und Bedürfnis sein, denn nur sie erlaubt mehr als sie verbietet. Doch viele Faktoren belasten ein automatisch dauerhaftes Funktionieren dieses Bedürfnisses.

- 1) **Anstrengung:** Demokratie ist anstrengend. Man muss sich Zeit dafür nehmen (Ablenkung: Tagesgeschäft), man muss nachdenken (Problem der Ausbildung und Qualifizierung), man muss eine gewisse Frustrationstoleranz entwickeln (Meine Meinung auf Basis mühsamer Lernprozesse zählt nicht mehr als die des Nachbarn, der nie darüber nachgedacht hat), und schließlich muss man Ausdauer und Geduld haben, bis man vielleicht Erfolg hat.
- 2) **Reduziertes Gefahrbewusstsein:** Dinge, die man hat, werden relativ rasch selbstverständlich; man vergisst, dass man auch für ihren Erhalt kämpfen muss; auch erkennt man ihren Wert/Relevanz zunehmend weniger, bis zu dem Moment, wo sie – ähnlich wie bei der eigenen Gesundheit – abhanden kommt. (**Kybernetik:** Nicht-erkennen von Ungleichgewicht von aktuell nicht im Fokus stehenden Entwicklungen).
- 3) **Regelwust:** Schaffung neuer ohne Abschaffung bestehender Regeln (Gesetze) führt zu immer demokratiefeindlichen Strukturen, da immer neue Regeln die Kontrollierbarkeit (**Kybernetische Sensoren**) weiter reduzieren.

Schon diese drei Faktoren erklären, warum Demokratie kein Selbstläufer ist. Wie also können wir sie aktivieren?

Möglicher Lösungsansatz: 1) benötigt eine gute Erziehung zur Demokratie, denn Kinder sind am empfänglichsten für aktive Lösungen, weil sie noch über Kraft und Handlungsbereitschaft verfügen. Eine gute Lösung zu 3) könnte automatisch eine gute Lösung zu 2) einschließen. Schwieriger ist die Lösung zu 3): Warum gelingt die Abschaffung bestehender Regeln fast nie, auch wenn alle unter der sog. Überbürokratisierung stöhnen?

Jede neu eingeführte Regelung hat einen Anpassungsprozess ausgelöst, bei dem die (durch die Regel) Benachteiligten Ausgleichsmechanismen entwickelt haben, die den dadurch erlittenen (echten oder vermeintlichen) Schaden minimierten. Auch die Nutznießer haben durch Anpassungsprozesse versucht, ihren Nutzen zu maximieren. Beide Seiten haben daher kein Interesse an einer Wiederaufgabe eingeführter Regeln, die Nutznießer nicht, weil sie Verluste befürchten, aber auch die einstigen Verlierer nicht, weil sie durch die Änderung Aufwand und evtl. weitere Verluste befürchten.

Die Lösung kann ein regelmäßig wirksamer Mechanismus sein, der sicherstellt, dass die Zulassung neuer Regeln zwingend von der Abschaffung bestehender abhängig gemacht wird. Damit dies in einer von der Gesellschaft als Ganzes akzeptierten Form geschieht, müssen – immer wieder neu – der (erwartete) Nutzen und Schaden der Abschaffung von bestehenden sowie der Aufnahme neuer Regelungen seriös geschätzt werden (**Kybernetik kann dies in Verbindung mit einem Lernalgorithmus = KI**).

SdF-Bezug: SdF könnte dazu für besonders themenrelevante Beispiele praktikable Vorgehensweisen anbieten oder entwickeln. Eine Lösung zu 3) kann mit **kybernetischen Mitteln** formuliert und bei Umsetzung empirisch verifiziert werden?

2 Asyl- und Einwanderungspolitik

Wen brauchen wir, wer will zu uns? Welche Lösung taugt?

2.1 Last und Dienst: Asylsuchende vs. Sonstige Immigranten

2.1.1 Schlüsselfrage: Bedrohter Flüchtling, legaler Migrant oder illegaler Immigrant

Schwachstellen-Analyse: Viele Jahrzehnte war das Migrationsproblem kein bzw. ein politisch akzeptiertes Thema. Echte Flüchtlinge wurden (temporär oder dauerhaft) aufgenommen. Rückführung bzw. Integration erfolgten ohne größere gesellschaftliche Konflikte.

Seit 2014 hat sich dies – angesichts der damals auftretenden massiven Migrationsströme – grundlegend verändert. Unserer Gesellschaft gelingt es – medial massiv unterstützt – immer weniger, mit dieser Frage rational umzugehen. Kritiker der ggw. (Nicht)Politik werden verteufelt, Befürworter sonnen sich im Humanitätsanstrich, ohne persönlich für die Folgen gerade stehen zu müssen. Fachleute sehen überwiegend eine brauchbare Lösung in der "*Dosierung*" der Zuwanderung und in der "*Qualifizierung*" der Zugewanderten.

Problem: Die theoretisch einfache Klassifizierung und nachfolgende Steuerung erweisen sich in der Praxis als schwer umsetzbar. Berechtigte Asylsuchende (v.a. Flüchtlinge, die in ihrem Herkunftsland für Leib und Leben fürchten müssen) haben nach dem Völkerrecht einen Rechtsanspruch auf Aufnahme im Ziel-Land, mindestens so lange, wie dieser Sachverhalt besteht. Die Entscheidung aber, ob ein solcher Anspruch besteht, erweist sich in der Praxis in vielen Fällen als schwierig und langwierig.

Noch schwieriger ist die weitere Behandlung der Abgelehnten. Diese müssten im Falle der EU in das Nachbarland zurückgeschickt werden, über das sie eingereist sind. Bei D wären dies alles sichere Drittstaaten, die nach den EU-Regeln für den weiteren Umgang zuständig sind, oder die Herkunftsländer. Erstere lehnen dies ggw. meist ab, weil sie ihre Zuständigkeit bestreiten, die Heimatländer meist, weil sie die Migranten nicht zurückhaben wollen. Der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Jürgen Papier, verweist darauf, dass der Art. 72 der AEUV einem Mitgliedsland der EU eigene Lösungen (z.B. der Zurückweisung an der Grenze bei offensichtlich unberechtigten Asylanträgen) erlaubt, sofern es den Schutz des inneren Friedens im eigenen Land dadurch nicht mehr als gesichert ansieht, ohne damit gegen Europäisches Primärrecht zu verstoßen (s. WELT v. 21.10.24:4).

2.1.2 Umgang mit echten Flüchtlingen und mit Arbeitsmigranten

Entscheidend dürften aber gar nicht primär die Kriterien der Aufnahme, sondern die Methoden des weiteren Umgangs mit den Migranten sein (wo bisher Rückführung nur eine und eher seltene Lösung ist), denn die meisten abgelehnten Bewerber bleiben im Lande mit ggw. zu häufig unguten Konsequenzen für beide Seiten. Daher sucht man nach schnellen und dennoch zuverlässigen Lösungen für die Entscheidung und Konsequenz.

Möglicher Lösungsansatz: Als Lösung eignet sich ein mehrstufiges Modell: Einteilung in drei Gruppen der Erstevaluation: 1) eindeutig ja (anerkannter Asylgrund und gesicherter Nachweis/sonstige Aufenthaltsqualifizierung), 2) eindeutig nein (definitiv kein Asylgrund/sonstige Aufenthaltsqualifizierung), 3) ungeklärt.

In der Gruppe 3 sind in der Regel deutlich weniger Bewerber, so dass hier eine größere Bearbeitungsdauer für alle Beteiligten weniger belastend wird. Dieses Verfahren lässt sich noch weiterführen (drei- oder mehrstufig), so dass die Zahl längerfristig offener Fälle unter einer verkraftbaren Zahl von z.B. < 10 Tsd. von 100 Tsd. Bewerbern p.a. bleibt.

Zu diesem Thema gehört auch die Entwicklung, gesellschaftliche Konflikte wie tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierung (gerade auch bei Migranten, aber auch beim Geschlecht, Religion etc.) durch Denomination oder Umfirmierung lösen zu wollen, was letztlich die Konflikte nicht nur verschärft, sondern noch weitere (unnötig) erzeugt. Eine geeignetere Lösung besteht darin, die Gründe für Vorurteile/Diskriminierung zu analysieren und dann zu versuchen, die dahinter liegenden Ursachen anzugehen (s. Pelka „Kontakt und Stereotypisierung“).

SdF-Bezug: SdF kann hierzu ein geeignetes Modell entwickeln und nach außen vertreten, z.B. das vorher skizzierte Drei-Stufen-Modell. Die aktuellen Erfolge allein einer stärkeren Grenzkontrolle (die aber zeitterminiert sind), signalisieren, dass es nicht sinnvoll ist, zu sagen, „bestimmte Aktivitäten hätten keinen Nutzen, etc.“, solange man dies nicht empirisch überprüft hat (**Kybernetik**).

Seit dem 15. Sep. 24 werden – den Wahlergebnissen in Sachsen und Thüringen geschuldet – aktuell solche schärferen Grenzkontrollen durchgeführt. Nach ersten Medienmeldungen finden sich erfolgreiche Einzelfälle. Doch scheint es, dass deren Erfolg in keinem angemessenen Verhältnis zu dem dazu erbrachten Mehraufwand steht, obwohl die mittelfristigen Nachteile, etwa für den Gütertausch, noch gar nicht präzisiert/quantifiziert wurden.

*Dennoch wäre ein solcher Ansatz klug, wenn er dazu genutzt würde, die Ergebnisse der Entscheidungen zu erfassen und zu evaluieren, ggfls. Änderungen vorzunehmen oder weitere Alternativen zu erproben (**Kybernetischer Ansatz**). Dies gilt auch für den Umgang mit straffällig gewordenen Migranten.*

2.2 Schaden und Nutzen der Migration

2.2.1 Verbesserung, v.a. Beschleunigung der Eingliederung

Schwachstellen-Analyse: Vor dem Hintergrund unserer aktuellen Alterspyramide brauchen wir eigentlich dringend Migranten, die jung genug und arbeitswillig sind. Leider sind nicht alle Migranten arbeitswillig. Aber auch die dt. Bürokratie in Verbindung mit einer ungewöhnlich schlechten Anpassung unserer Politik und Verwaltung an veränderte Anforderungen verhindert eine schnellere Aufnahme vieler williger Migranten durch den dt. Arbeitsmarkt. Dies zeigen u.a. die im Vergleich zu EU-Nachbarländern sehr viel geringen Quoten der (ggw. generell als Flüchtlinge anerkannten) Ukrainer in D.

Ein besonders schlecht gelöstes Problem ist der Umgang mit ausländischen oder dt. Straftätern mit Migrationshintergrund. Das Nichtgelingen einer Rückführung in andere Länder oder anderer akzeptabler Lösungen führt aktuell, v.a. in den östlichen Bundesländern, zu einer massiven Abkehr von den etablierten Parteien hin zu Parteien mit radikalen Programmen, in einem Umfang, der uns beunruhigen muss.

2.2.2 Umgang mit „unwilligen“ Migranten:

Schwachstellen-Analyse: Auch ein Rechtsstaat hat das Recht, sich nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde zu verteidigen. Dies schließt das Recht auf (nicht leicht) vermeidbare Kollateralschäden ein. Dies gelingt der dt. Regierung seit 2014 nicht mehr, weil den Politikern zu oft nicht die Ergebnisse, sondern die guten Absichten zum Maßstab ihres Handelns werden. Das aber kann man sich in Fällen wie der aktuellen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Migrationsthema nicht leisten (**Kybernetik**).

Umgekehrt müsste für die Aufnahme der „willigen“ Migranten viel mehr getan werden. Denn eine Alternative zu Arbeitsmigration besteht ggw. angesichts der hohen und erwartbar weiter wachsenden Zahl von offenen Stellen nicht, was unser ganzes politisches Steuerungsgefüge gefährdet.

Möglicher Lösungsansatz: Als Lösung vorstellbar ist auch hier wieder ein mehrstufiges Modell. Wenn endgültige Entscheidungen viel Zeit kosten (z.B. durch mangelhafte Besetzung der entsprechenden Verwaltungsstellen, durch mangelhafte Digitalisieren aufgrund fehlenden politischen Willens etc.), könnte man den Arbeitswilligen sofort eine befristete Arbeitsgenehmigung z.B. für 6 Monate oder 1 Jahr ausstellen, für die endgültige Zusage ein Evaluationsskala entwickeln und in der Zwischenzeit prüfen, ob sie in definierten Kontrollzeiten auf dieser Skala einen Akzeptanz-Wert erreicht haben, der ihnen erlaubt (temporär oder sogar dauerhaft) in D zu bleiben und beruflich aktiv zu sein.

SdF-Bezug: Das wissenschaftliche Instrumentarium der Skalenentwicklung muss aber ständig weiter evaluiert und im Allgemeinen modifiziert werden (**Kybernetik**). Dazu könnte auch SdF beitragen.

3 Priorisierung zwischen heute und morgen

3.1 Priorisierung 1: Konsum u Lebensstil vs. Investition

Wie verbessern wir das Zukunftsdenken in Demokratien?

Es ist immer leichter, einen neuen Kuchen zu verteilen, als von einem bereits verteilten wieder etwas zurückzuholen. Entsprechend schwierig ist es, Menschen (und daher auch die Politiker, die von ihnen gewählt werden wollen) zu überzeugen, dass sie von dem, was sie bereits bekommen haben resp. erwarten, wieder (freiwillig) abgeben. Dieses (halb) freiwillige Abgeben funktioniert noch einigermaßen, wenn eine Bedrohung nahe, sicht- oder greifbar und geglaubt wird. Die Geschichte liefert genügend Beispiele, dass dies selbst in eklatanten Fällen nicht funktioniert hat, mit fatalen Folgen für die Nichteinsichtigen und ihr Umfeld.

3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Ausgabenpolitik:

Schwachstellen-Analyse: Die größten Ausgabeposten (Stand: 2023) in einem sog. Durchschnittshaushalt (2 Erw., 1 Kind) sind Wohnen (**Miete und Miet-NK**) ca. 35% und als **Ernährung** mit ca. 9%. Für **Kleidung / Schuhe** werden 4% ausgegeben, zusammen also 48% des monatlichen Einkommens. Drei hohe Posten betreffen für **Verkehr** (14%), **Freizeit/Restaurant, Kultur** (15%) und **Wohnausstattung** (7%), zusammen also 36%, die man nicht oder zumindest in diesem Umfang nicht als „überlebensnotwendig“ bezeichnen muss.

- Dass für die Bevölkerungsmehrheit in der Verwaltung seiner Ressourcen so viele Mittel verbleiben, ist schön und wohl auch Ausdruck einer überwiegend „wohlhabenden“ Volkswirtschaft, anders als dies öffentlich von den verschiedensten Seiten immer wieder formuliert wird. Natürlich gibt es in jedem Land Problemgruppen, die – auch seitens der Politik – einer besonderen Beachtung bedürfen. Aber die werden in D meist ausreichend, wenn auch noch nicht immer gut gelöst.

Die verbleibenden 12% verteilen sich auf **Information/Kommunikation** 5%, **Gesundheit** 3%, **Bildung** 1% und Sonstiges 3%). Überraschend wenig wird für **Gesundheit und Bildung** ausgegeben. Da diese beiden Posten im volkswirtschaftlichen Gesamt doch eine große, wenn auch noch nicht ausreichende Rolle spielen, deutet dies darauf hin, dass hier die Hauptlast vom Staat (kostenloses Bildungssystem) bzw. angegliederten Organisationen (Krankenkassen) übernommen (über die Beiträge der Tätigen) und gesteuert wird.

- Was im Sinne einer Gleichbehandlung der Menschen sinnvoll erscheint, hat jedoch auch seine Schattenseiten. Der Einzelne weiß die Privilegien mit der Zeit wenig zu schätzen und sein Appetit auf mehr wächst, unabhängig davon, ob dies für das Gemeinwesen noch verkraftbar ist.

Ein Indiz für die Relevanz dieser Deutung ist, dass in den vergangenen Jahren wichtige Staatsaufgaben nicht ausreichend wahrgenommen wurden, weil man nicht wagte, dem Bürger Opfer abzuverlangen. Wichtige Aufgaben der Infrastruktur-verbesserung wie Straßen- und Brückenbau, oder Ausbau des öffentlichen Transportnetzes wurden sträflich vernachlässigt, so dass wir aktuell in vielen Bereichen vor einem Scherbenhaufen stehen.

Voraussetzung für eine Verbesserung der Lage ist eine größere Opferbereitschaft der Mehrheit. Dazu müssen in einer Demokratie die Menschen dies wenigstens mehrheitlich einsehen, damit die Entscheidungsträger so etwas umsetzen können. Wie aber kommen Menschen mehrheitlich zu so einer Einsicht?

Aktuell scheint für eine wachsende Minderheit wie schon so oft in der Vergangenheit aber ein anderer Weg sinnvoll zu sein, die Suche nach einem „**starken Mann/Frau**“. Wie sonst wäre es erklärbar, dass zunehmend mehr Menschen extreme Parteien wählen, in der (wenig faktenbasierten) Hoffnung, diese würden für sie die Probleme *Migration*, zunehmend *Wirtschaftliche Schwierigkeiten*, *wachsender Anerkennungsverlust* besser lösen als die etablierten Parteien. Denn diese haben tatsächlich von den in den Wahlgängen versprochenen Lösungen entfernt nicht das erreicht, was sie ihren Wählern versprochen hatten.

Möglicher Lösungsansatz: Dieses verfügbare Potential sinnvoll und die Mehrheit überzeugend zu verwenden, wird in den nachfolgenden Abschnitten genauer ausgeführt.

SdF-Bezug: *SdF hat keine Entscheidungsbefugnis, erst recht keine Mittel, um für richtig Erkanntes /Geschätztes umzusetzen. Das einzige Tool, über das der SdF verfügt, ist das Wort und dessen Verbreitung. Dies ist nicht wenig, wenn das Wort wirkmächtig ist, und die Verbreitung durch Multiplikatoren funktioniert. Dazu bedarf es zweierlei: einer guten Analyse der ggw. Schwachstellen und ihrer Folgen, ebenso wichtig aber eine lösungsorientierte Formulierung, welche die Mehrheit versteht und Glaubwürdigkeit, dass ihre Nöte damit besser, wenigstens nicht schlechter als heute gelöst werden.*

3.1.2 Priorisierung 1: Konsum vs. Investition:

Warum ist es so schwer, zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen? Wie lässt sich das verbessern?

Schwachstellen-Analyse: Wie wir aus den o.g. bekannten Zeilen des Dichters Lafontaine¹ wissen, ist das Problem alt, aber eine Lösung scheint bis heute nicht gefunden. Und vielleicht sollte es auch keine einheitliche Lösung für alle geben. Denn wer liebt schon die – zwar emsige – aber eher langweilige Ameise? Wichtiger noch, was wäre ein Sommer ohne das Singen und Jubilieren der Grillen?

Kaum jemand wird da widersprechen. Doch von einem funktionierenden Staat erwarten wir, dass er der Gegenwart Entfaltung zulässt und zugleich für die Zukunft plant, den singenden Grillen Raum gibt und zugleich die Ameisen ermuntert, ausreichende Vorräte für alle zu sammeln. Die (politische) Kunst ist es, den Grillen das Überleben bis zum nächsten Sommer zu sichern, zugleich aber die Ameisen für ihr Sammeln und ihre Sparsamkeit zu belohnen. Denn beides brauchen wir als lebenswerte und zugleich stabile Gesellschaft.

¹ La Cigale et la Fourmi : La cigale, ayant chanté Tout l'été, Se trouva fort dépourvue Quand la bise fut venue[Die Grille musizierte, die ganze Sommerzeit – Und kam in Not und Leid, als nun der Nord regierte. Sie hatte nicht ein Stückchen, von Würmchen oder Mückchen, Und Hunger klagend ging sie hin zur Ameise, ihrer Nachbarin, und bat sie voller Sorgen, ihr etwas Korn zu borgen »Mir bangt um meine Existenz, « So sprach sie; »kommt der neue Lenz, dann zahl ich alles dir zurück und füge noch ein gutes Stück als Zinsen bei.« Die Ameise leiht nicht gern; sie liebt die Sparsamkeit. So sagt sie zu der Borgerin: »Wie brachtest du den Sommer hin?« »Ich habe Tag und Nacht mit Singen mich ergötzt.« »Du hast Musik gemacht? Wie hübsch! So tanze jetzt!«

Möglicher Lösungsansatz: Im Prinzip hat die Demokratie, und zwar in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft, die Lösung dazu längst gefunden. Sie hat auch in den Anfangsjahren der jungen Republik ziemlich gut funktioniert. So schreibt der aktuelle Vorsitzende der CDU, Friedrich Merz vielleicht etwas wahlkämpferisch gefärbt, aber grundsätzlich wohl richtig:

„Das D, in dem wir in Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben dürfen, steht auf dem Fundament der politischen Entscheidungen des ersten dt. Bundeskanzlers.... Aber keine dt. Nachkriegsregierung ... musste gegen widrigere Umstände ankämpfen als Konrad Adenauer und sein Kabinett von 1949: ¹Weltkriegstrümmer, ²das moralische Erbe eines Menschheitsverbrechers, ³internationale Ächtung, ⁴ein traumatisiertes Volk, ⁵materielle Not, ⁶Millionen Heimatvertriebene und ⁷eine zerstörte Wirtschaft. ... Schon die Wahl zum Kanzler wurde mit nur einer Stimme Mehrheit gewonnen, seiner eigenen. ... Als Bundeskanzler sah er sich einer erstarkenden Sowjetunion gegenüber, für die D ein Spielball ideologischer Weltpolitik war. Dass vor diesem Hintergrund die ‚Dt. Einheit in Frieden und Freiheit‘ nur unter der doppelten Voraussetzung einer dt. Position der Stärke gegenüber dem Osten und D. Einbindung in die freie Welt zu haben sein würde, hat Adenauer früh erkannt. Darum setzte er auf die Westbindung der jungen Bundesrepublik, auf die Aussöhnung v.a. mit Frankreich, auf die Einigung Europas, auf Wiederbewaffnung.... Seine Weichenstellungen haben die Sicherheitsarchitektur begründet, unter der Europa Jahrzehnte des Friedens hatte. ...

Es liegt ... an uns, dieses kostbare Erbe zu sichern. Unsere Freiheit ist heute erneut bedroht, von innen und außen. Russland führt einen Angriffskrieg in Europa, die transatlantische Partnerschaft ist stark, wird aber immer offener durch autoritäre Systeme herausgefordert. Extremisten von rechts und links stellen die freiheitliche Demokratie offen in Frage. Das Vertrauen in unseren Staat und seine Institutionen hat in D einen Tiefstwert erreicht. Den Weg Adenauers weiterzugehen, heißt heute, mit der Selbstbehauptung der freiheitlichen Welt zu beginnen: Es braucht den Willen zu realpolitischer Klarsicht und die Besinnung darauf, dass ein menschenwürdiges Leben vor allem ein Leben in Freiheit ist und – dass eine gute Zukunft [mit Mut und Verantwortung, Anm. rp] immer gewonnen werden kann.... (WamS, 15.09.24:9).“

Da die Menschen heute nicht grundsätzlich schlechter, schwächer oder weniger verantwortungsbewusst sind (zumindest nicht sein wollen), müssen wir die Hinderungsgründe einer Aufbruchspolitik klären und durch geeignetes verantwortliches Entscheiden den Weg zu einem ähnlichen Aufbruchverhalten ebnen.

Die Kernziele kennen wir, sie sind unverändert ein Leben in Freiheit und Würde, verbunden mit einer Gestaltung der Zukunft durch alle Mitglieder der Gesellschaft gemäß ihren Möglichkeiten. Was kann da die **Kybernetik** beitragen? Diese erlaubt uns, **Ziele frei zu formulieren**, daraus Handlungen abzuleiten, deren Ergebnisse mit unseren Zielbezogenen Erwartungen zu vergleichen und bei starken Diskrepanzen zwischen Soll und Ist zunächst die Entscheidungen und die daraus abgeleiteten Handlungen zu modifizieren, bis die **Differenz Soll-Ist** akzeptabel erscheint. Ist das fortgesetzt nicht möglich, sind die **Sollwerte** zu hinterfragen und ggf. (**in Richtung Erreichbarkeit**) auch zu verändern.

Angewandt auf die o.g. Fragestellung heißt dies, wir müssen erkennen und diese Erkenntnis weitergeben, dass nur ein starkes Europa (und – wenn möglich, ein starker Westen unter Einschluss der USA und unserer anderen nichteuropäischen Verbündeten) in der Lage ist, diese Ziele erfolgreich zu verfolgen. Das bedeutet, wir müssen gewohnten Konsum zugunsten zukunftsfähiger Investitionen begrenzen. Dazu gehört akut eine militärische und zugleich zivilgesellschaftliche Stärkung.

SdF-Bezug: Unser Jahresthema 2025 steht unter dem Stichwort „**Demokratie braucht Mut und Verantwortung**“. Es sollte uns dabei gelingen, in gemeinsamer Diskussion anhand aktuell brennender Probleme,

- *Angriff Russlands, Erstarken radikaler, menschenverachtender Gruppen, Wirtschaftsentwicklung im Ungleichgewicht und verringerte Sensibilität gegenüber dem Wert demokratisch gestützter Freiheit jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,*

*einen Weg zu weisen, der einerseits erfolgversprechend ist, andererseits unsere Zuhörer von seiner Machbarkeit (**Kybernetik**) zu überzeugen, zugleich zu Multiplikatoren für diesen Ansatz zu gewinnen.*

3.2 Priorisierung 2: Militär/ Infrastruktur – Forschung/Bildung – Ressourcen.

Was ist heute die angemessene Prioritätsbildung? Welche Priorisierungen der vergangenen 50 Jahre waren – rückwirkend betrachtet - richtig? Was spricht für und was gegen die neue Reihenfolge?

3.2.1 Brauchen wir eine (bessere) Feuerwehr?

Schwachstellen-Analyse: In der Zeit des „Kalten Kriegs“ umfassten die Verteidigungsausgaben 2-5% des BIP. Zwar kämpften einige gesellschaftliche Gruppen gegen diesen Umfang der Verwendung, aber insgesamt war der Mehrheit der Bevölkerung angesichts der östlichen Bedrohung (durch die Sowjetunion und ihrer Verbündeten) klar, dass dies erforderlich war, um den Schutz der jungen Demokratie Bundesrepublik Deutschland und ihrer wirtschaftlich erfreulichen Entwicklung weiterhin zu gewährleisten.

Doch wie so oft führt das Nichteintreten bitterer Ereignisse (wie z.B. ein Krieg) dazu, dass die bestehende Situation für selbstverständlich gehalten wird, auch dann, wenn man dafür keine Sicherheitsvorkehrungen leistet.

Spätestens nach der Wiedervereinigung Deutschlands (von einem Historiker höchst kurzfristig als das Ende der Geschichte bezeichnet, womit er [natürlich nur] das Ende aller Kriege meinte), setzte v.a. in Deutschland, aber auch in anderen westlichen Staaten mit Schwerpunkt EU-Staaten eine Entwicklung ein, eine weitere Pflege der äußeren Wehrhaftigkeit zu reduzieren, da man „*sie nicht wirklich benötigen würde*“.

Für eine solche Entscheidung gab es überhaupt keine Anhaltspunkte: 1990 begann der erste Irak-Krieg, dem 1994 der zweite folgte. Afghanistan blieb ein Brandherd, ebenso der Nahe Osten. Der 9.Sep.2001 symbolisierte besonders bildhaft die Fragwürdigkeit eines solchen Denkens, wurde aber speziell in D nicht mit einer generell erhöhten Gefahrenlage in Verbindung gebracht. Dies wurde sichtbar an der ständigen Reduktion der militärischen Ausgaben zugunsten anderer Zielsetzungen.

Eine dieser Zielsetzungen war die Rettung der Erde vor der Zerstörung durch die sog. Klima-Katastrophe, eine andere deren Zerstörung durch Atomkraft, eine dritte schließlich der irreversible Verlust der Ressourcen und der Natur. Eine wirklich offene Gesellschaft hätte versucht, das Erreichen dieser Zielsetzungen, die ja durchaus sinnvoll waren, mit den effizientesten Mitteln zu erreichen, d.h. also mit erster Priorität durch Forschung und Bildung, um Lösungen zu finden, die ohne extreme Einschränkungen des erreichten zivilisatorischen Erfolges diese Ziele schrittweise approximiert (sich annähert).

Stattdessen wurde in der westlichen Gesellschaft, v.a. in D eine einseitige Ökologie-Strategie verfolgt, und das auch noch erzieherisch (will sagen: besserwisserisch), welche die ökologische Lebensweise und Ressourcenschonung erheblichen zu Lasten aller anderen Zielsetzungen priorisierte. Dies ging insbesondere zu Lasten der äußeren (militärische Stärke) und inneren (Infrastruktur) Wehrhaftigkeit. Auch *Forschung und Bildung* rangierten leider nicht besonders hoch in der Prioritätenliste, weil diese nicht dem unmittelbaren Konsum dienten, und man für die ökologischen Zielsetzungen die Zustimmung der Bevölkerung brauchte, die – nach Meinung ihrer Verfechter – nur mit mehr Konsum („*Panes et circenses*“) zu gewinnen war. Das vorläufige Ergebnis ist das „*Heute*“.

Soll man sagen, zum Glück (?), zeigten sich die Folgen einer solchen Strategie zwar nicht sofort, u.a. weil ein Kanzler (den wir nicht für alle Handlungen loben wollen) kraft seiner Willensstärke mit Hilfe von Hartz-4 durchsetzte, dass D für einige Jahre ein zwischenzeitliches Leistungshoch erreichte, so dass die ehemalige, nach dem Strohfeuer der Wiedervereinigungs-Impulse aber immer schwerfälligere Lokomotive „D“ für einige Jahre wieder in Europa wirtschaftlichen Erfolg erzielte und dadurch politisches Selbstbewusstsein gewann.

Doch spätestens mit der Abschaltung der AKWs 2011, der Migrationsflut 2015/16 und der Corona-Pandemie 2020/22 war dieser Zwischenschub vorbei. Deutschland lahmte wieder und mit ihm, nach dem BREXIT (2016-2022) nun ohne Großbritannien, die gesamte EU. Es bleibt offen, ob erst dies Putin ermutigte, etwas zu tun, was im Westen die Allermeisten für unmöglich hielten, einen Krieg vom Zaun zu brechen, um ein vermeintlich zur Einflussosphäre Russlands gehörendes Land, die Ukraine, wieder „*heim ins Reich*“ zu holen. Aber es ist nicht unwahrscheinlich, dass die offenkundige Schwäche Europas in Verbindung mit Amerikas Konzentration auf den Pazifik zu diesem Schritt wesentlich beigetragen hat. Und jetzt?

Möglicher Lösungsansatz: Es bleibt uns gar nichts anders übrig, als die Prioritäten wieder zugunsten einer militärischen Stärke zu verschieben (d.h. von den bisherigen 1,3% für die Verteidigung und den aktuellen 2% auf wenigstens 3% aufzustocken), parallel die Infrastruktur (Transportsysteme, v.a. Brücken, Schienennetz u wichtige Straßenverbindungen, IT-Netz-Verbesserung) schnellstmöglich zu verbessern und schließlich Forschung (v.a. für die Wehrhaftigkeit) und Bildung (v.a. für den Nachwuchs leistungsfähiger Bürger) massiv weiter zu verbessern. Und zu wessen Lasten soll das gehen?

Es gibt dazu nur einen Weg, Verzicht auf Konsum. Wir müssen den Gürtel wieder enger schnallen. Und das muss die Politik als erstes leisten. Wie damals Churchill seinen Landsleuten sagte: „*Ich kann Euch nur Blut und Tränen versprechen, aber nur so retten wir unser Land*“. Er überzeugte und behielt Recht, wenn gleich es im nicht gelang, das britische Empire zu erhalten, aber die Bedrohung durch Hitler und die Achsenmächte konnte er nach der unerwartet raschen Niederlage Frankreichs zunächst weitgehend allein, später mit Hilfe der USA und (für ihn leider) der Sowjetunion beheben und so Großbritannien retten.

SdF-Bezug: Der Beitrag des SdF dazu dürfte schwierig zu formulieren, erst recht schwierig umzusetzen sein. Aber wir sollten es versuchen, denn das ist ja unser erklärtes Ziel, den Frieden zu sichern, bzw. wiederzugewinnen, wenn er verloren gegangen ist. Für das bessere Verständnis von Zusammenhängen ist auch hier wieder die *Kybernetik* geeignet.

3.2.2 Prioritäten mit Nebenbedingungen:

Es ist eine große Kunst, Prioritäten im demokratischen Konsens festzulegen, auch deshalb, weil jeder Anspruch seinen Hintergrund hat und in einer Basisform auch berechtigt erscheint. Eine Lösung ist die Festlegung von Prioritäten unter Nebenbedingungen. Letztere sind die Basisforderungen derer, die nicht ganz leer ausgehen dürfen oder sollten.

4) IT+KI und ihre Player: Wachsende Macht globaler Konzerne + [feindlicher] Staaten durch technologische Entwicklungen wie der AI (Artificial Intelligence)

4.1 IT und KI: Macht ohne Kontrolle und Kontrolle ohne Macht

Wie können wir bestehende Chancen besser nutzen, gleichzeitig uns vor Risiken wirksamer schützen?

4.1.1 Private Organisationen als globale Player:

Schwachstellen-Analyse: Rechts- u Ordnungsrahmen in Deutschland und - mit kulturell bedingter Variation - in den anderen EU-Ländern haben eine geschichtliche und damit empirische Basis. Sie haben belegt, dass sie zumindest in dem eigenen Land in der Vergangenheit ein weitgehendes Funktionieren gewährleisten.

Staaten waren immer dann zumindest nach innen stabil, wenn dieser Rahmen weitgehend konkordant mit den wirtschaftlichen und vor allem den Machtverhältnissen war. Wenn dies längerfristig nicht gelang, führte dies zu einer Schwächung der Gesellschaft, die in Revolutionen (Scheitern nach innen) mündet oder zu Begehrlichkeiten bei den Nachbarn in Form von kriegerischer Aggression (Scheitern nach außen) führte. Europa hatte seit 1945 - auch dank der Entwicklung der EU - eine 70 Jahre andauernde Stabilität, bei der beide Rahmen anfangs weitgehend und zuletzt wenigstens noch überwiegend eine Überdeckung von Macht, Recht und wirtschaftlichem Gleichgewicht (relativer Wohlstand mit mäßiger Binnenvarianz) sicherstellten.

- Dies droht seit 2014 zu zerfallen (2014: Annexion der Krim und versuchte Annexion der Ost-Ukraine durch Russland, 2015: Beginnendes Flüchtlingsproblem, 2016: Reduzierte Kooperation der USA mit Europa, 2018: Zunehmend autoritäre Tendenzen, v.a. in Ost-EU-Ländern, 2016-20: Brexit-Entscheidung, 2020: Nicht ausreichend rationaler Umgang mit der Pandemie; 2021: Erfolgreicher Rückzug aus Afghanistan, 2022-24: Wachsendes Gewicht nationalistischer/sozialistischer Gruppierungen).

Die Technik, vor allem IT und hier wiederum die KI (=AI), entwickelt sich aber dynamisch weiter. Die geschwächten, weil auch überforderten institutionellen Autoritäten haben dem immer weniger entgegenzusetzen, so dass Formen der feindlichen Übernahme bis hin zu anarchischen Teilentwicklungen häufiger bzw. wahrscheinlicher werden.

Möglicher Lösungsansatz: Mögliche Lösungen bestehen in einer Stärkung der institutionellen Macht gegenüber den Konzernen, orientiert an einem Rahmen, wie es etwa im deutschen GG in den Kernartikeln festgeschrieben wurde. Eine Umsetzung erfordert eine starke Macht.

Die EU und inzwischen notwendigerweise diese in Kooperation mit GB, hätte diese, wie erste vorsichtige Urteile ggü. Google & Co gezeigt haben, lässt aber die dazu notwendige Übereinstimmung vermissen. Ein Hauptgrund dafür ist die Unübersichtlichkeit der Interessenlagen, versteckt in der Unübersichtlichkeit der Regelungspakete (Verbesserung durch **Kybernetik** auch hier möglich).

Auch dafür gibt es Lösungen, z.B. die, dass die Komplexität der Regelungssysteme nicht höher sein darf als dies zur ausreichenden Steuerung nötig ist. Da wir inzwischen in allen europäischen und nationalen Strukturen eine unbestrittene Überregelung haben, könnte ein erster Ansatz darin bestehen, jede neue Regelung an die Abschaffung einer alten zu koppeln, sowie möglichst viele neue und sukzessive alte Regelungen mit einem Verfallsdatum zu versehen. Noch bessere Lösungen bieten stochastische Modelle, aber diese bedürfen in Pilotprojekten empirischer Verifikation, brauchen also Zeit und Bereitschaft.

SdF-Bezug: SdF geht dieses Thema etwas an, weil ohne eine ausreichende Kontrolle dieser noch gefährlicheren "Staaten im Staate" keine Stabilität mehr gewährleistet ist. SdF kann dazu etwas beitragen, dass zumindest erkennbar wird, wie sich diese Entwicklung im staatstragenden Sinne verbessern lässt, wenn es – methodisch gestützt (**Kybernetik**) – an wichtigen Beispielen demonstriert, wie Lösungen zukunftsfähig werden.

4.1.2 Unübersichtlichkeit als Hebamme autokratischer Herrschaft

Staat im "Staate" oder notwendige Ordnungsmacht bei Grundsatzentscheidungen?

Schwachstellen-Analyse: Die Politik der EZB verselbständigt sich. Dies wird nicht zuletzt sichtbar bei den jüngsten Kollisionen mit Urteilen des dt. Verfassungsgerichts. Und es zeigt sich daran, dass die EZB bevorgt mit Führungskräften aus den "Nehmer"-Ländern besetzt wird. Auch gibt es leider immer noch zu viele Belege, dass den Entscheidungen fast immer etwas "Parteiisches" anhaftet, das "salomonische Urteile" vermissen lässt. Ein aktuelles, anschauliches Beispiel ist Neubesetzung des Teams der Kommissare in Brüssel.

Nicht erst solche Ereignisse, aber solche besonders, wirken sich aus auf das Bewusstsein der Bürger über ihre Einschätzung der (Ir-)Relevanz der staatlichen/europäischen Institutionen. Solche Verunsicherung des Rahmens führen zu noch mehr Konflikten, die wiederum Lösungen der Konfliktbewältigung erfordern.

Da die im o.g. Bsp. genannte Form der Lösung nicht eine leistungsfähigere und lebendigere Demokratie fördert, sondern uns eine Situation drängt, die die bisherige Überlegenheit des Westens gegenüber östlichen Autokratien noch mehr schrumpfen lässt, sind wir als wache Bürger der EU, speziell auch Deutschlands mehr denn je gefragt, demokratische Lösungen vorzuschlagen und einzufordern.

Möglicher Lösungsansatz: Mögliche Lösungen bestehen darin, dem EUGH ähnlich wie unserem BGH und v.a. BVerfG größere Freiräume und größere Unabhängigkeit zu sichern. Soweit wir wissen, wird die Besetzung ggw. von der Kommission, also faktisch von der Exekutive bestimmt. Hier sollte die Legislative, evtl. auch die Judikative der EU-Staaten ein größeres Gewicht kommen.

SdF-Bezug: Dies ist aus unserer Sicht auch ein Thema von SdF. Was kann SdF dazu für Lösungskonzepte entwickeln, die zu einer Verringerung auch solcher Konflikte beitragen? *Kybernetik* kann helfen, dem Prinzip „So viel Zentralität wie nötig, so wenig wie möglich“ eine rationale Begründung zu liefern.

4.2 Netzwerke mit IT+ KI: Chancen und Risiken

Schwachstellen-Analyse: Die Bürger des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts hofften, mit der IT ihre Arbeit und ihr Leben zu erleichtern. Tatsächlich sind wir aber denselben Fehlern unterlegen, wie dies unsere Vorfahren bei Beginn der Industrialisierung durch die Maschinen. Wir optimierten die Maschinen, nicht aber ihre Anpassung an unsere menschlichen Bedürfnisse. Das Gleiche passiert heute mit dem Einsatz der IT und vermutlich auch der KI. Der Grund ist in beiden Fällen der Gleiche. Wir versuchen die Rendite (für die Produzenten) zu maximieren.

Möglicher Lösungsansatz: IT-Entwicklung an die Bedürfnisse der Gesellschaft, d.h. bis zur Entdeckung und Validierung eines besseren Indikators, an die Bedürfnisse des Durchschnitts der humanen Teilnehmer (und zumindest wichtiger Untergruppen) anpassen und diesbezüglich (unter Beachtung der individuellen Bedürfnisse (Freiheit, Wert und Würde eines Jeden) praktikable, d.h. hinreichend stabile Lösungen zu finden.

Dieses „behutsame Optimieren“ berücksichtigt auch die Bedürfnisse der (schöpferischen oder regenerativen) Pausen der humanen Teilnehmer unserer Gesellschaft.

SdF-Bezug: Was könnte SdF dazu für ein Konzept anbieten oder entwickeln? Wenn wir das *kybernetische* Prinzip in Verbindung mit dem Homöostasie-Ansatz in Anlehnung an Jahrmillionen funktionierendem individuellem Verhalten ausformulieren und stärker propagieren, besteht womöglich eine Chance, dass wir, der SdF und seine Mitglieder und Freunde, in der Gesellschaft wieder diskussionsfähiger und auch öffentlich stärker gehört werden.



Dieses Papier dient zunächst als erster Impuls der Vorsitzenden. Danke auch für die guten Diskussionsbeiträge, denen hoffentlich noch viele folgen. Wie die Gesellschaft insgesamt, soll sich auch dieser Ansatz an neue Anforderungen anpassend verändern.

Andererseits soll aber auch niemand auf die Idee kommen, wir (der SdF-Vorstand und seine treuen Mitglieder) gehörten zum alten Eisen und könnten nichts mehr bewegen.

Mit besten Grüßen
Ihre Jörg Haslinger und Rainer Pelka

(Stand: 04.11.24).